

Antrag 7/I/2026

OV Mühlenbecker Land

Der/Die Landtagsfraktion möge beschließen:

Überprüfung der Verfassungsfeindlichkeit der AfD (aller Parteien, die als rechtsextreme Verdachtsfälle gelten) vorantreiben – Initiative über den Bundesrat unterstützen

1 Die SPD Brandenburg setzt sich
2 auf Landes- und Bundesebene
3 dafür ein, dass eine umfas-
4 sende und rechtlich fundierte
5 Überprüfung der AfD auf ih-
6 re Verfassungsfeindlichkeit
7 vorangetrieben wird.

8 Alle Landesregierungen werden
9 aufgefordert, sich im Bundesrat
10 für eine Initiative einzusetzen, die
11 eine Prüfung der Voraussetzun-
12 gen für ein Verfahren nach Artikel
13 21 Absatz 2 Grundgesetz ermög-
14 licht.

15 Die SPD Brandenburg unter-
16 stützt alle Maßnahmen zur
17 Stärkung der wehrhaften De-
18 mokratie, insbesondere durch
19 die konsequente Nutzung der
20 bestehenden Instrumente des
21 Rechtsstaates gegen verfas-
22 sungsfeindliche Bestrebungen.

23

24 **Begründung**

25 Die freiheitlich-demokratische
26 Grundordnung ist das Fun-

27 dament unseres Zusammen-
28 lebens. Sie zu schützen, ist
29 zentrale Aufgabe aller demo-
30 kratischen Parteien und staat-
31 lichen Institutionen. In den
32 vergangenen Jahren haben sich
33 die Hinweise verdichtet, dass
34 Teile der AfD systematisch gegen
35 grundlegende Prinzipien unserer
36 Verfassung agieren. Dazu zäh-
37 len insbesondere Angriffe auf
38 die Menschenwürde, die Gleich-
39 wertigkeit aller Menschen sowie
40 auf zentrale Institutionen des
41 demokratischen Rechtsstaates.
42 Mehrere Landesverbände und
43 Teilorganisationen der AfD
44 werden bereits von den Ver-
45 fassungsschutzbehörden be-
46 obachtet oder als gesichert
47 rechtsextrem eingestuft. Auch
48 führende Repräsentantinnen
49 und Repräsentanten der Partei
50 treten wiederholt mit verfas-
51 sungsfeindlichen, rassistischen
52 und demokratiefeindlichen Po-
53 sitionen in Erscheinung. Diese
54 Entwicklungen gefährden den ge-
55 sellschaftlichen Zusammenhalt
56 und untergraben das Vertrauen
57 in die Demokratie.
58 Ein Parteiverbotsverfahren ist
59 das schärfste Mittel des Rechts-
60 staates und an hohe rechtliche

61 Hürden gebunden. Gerade des-
62 halb ist eine sorgfältige, transpa-
63 rente und rechtssichere Prüfung
64 notwendig. Der Bundesrat hat
65 die Möglichkeit, eine solche
66 Prüfung anzustoßen und damit
67 seiner Verantwortung für den
68 Schutz der Verfassung gerecht zu
69 werden.

70 Die SPD Brandenburg steht in
71 der Tradition des konsequenten
72 Einsatzes gegen den Rechts-
73 extremismus. Mit diesem Antrag
74 bekräftigen wir unseren An-
75 spruch, Demokratie, Rechtsstaat-
76 lichkeit und Menschenrechte
77 entschlossen zu verteidigen –
78 mit den Mitteln des Grundge-
79 setzes und im Rahmen unserer
80 rechtsstaatlichen Ordnung.